

# Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 10. Dezember 1997

## Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bindig, Rudolf (SPD)	40	Kohn, Roland (F.D.P.)	32
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	15, 16	Kubatschka, Horst (SPD)	38, 39
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	60, 61
Caspers-Merk, Marion, (SPD)	35, 36	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	74, 75
Duve, Freimut (SPD)	4, 5	Marschewski, Erwin (CDU/CSU)	31, 64
Erler, Gernot (SPD)	56, 57	Müller, Manfred (Berlin) (PDS)	1, 49
Ernstberger, Petra (SPD)	25, 26	Onur, Leyla (SPD)	27, 28
Faße, Annette (SPD)	13, 14	Rehbock-Zureich, Karin (SPD)	37
Follak, Iris (SPD)	21, 22	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	41
Fuhrmann, Arne (SPD)	43, 44	Schulhoff, Wolfgang (CDU/CSU)	50, 51
Gloser, Günter (SPD)	76, 77	Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	47, 48
Haack, Karl Hermann (Extertal) (SPD)	19, 20	Dr. Schwarz-Schilling, Christian (CDU/CSU)	70, 71
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	45, 46	Selle, Johannes (CDU/CSU)	65, 66
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	54, 55	Steen, Antje-Marie (SPD)	33, 34
Hilsberg, Stephan (SPD)	68, 69	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58
Irber, Brunhilde (SPD)	17, 18	Tauss, Jörg (SPD)	72, 73
Janssen, Jann-Peter (SPD)	11, 12	Teiser, Michael (CDU/CSU)	62, 63
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	29, 30	Thönnies, Franz (SPD)	42
Kaspereit, Sabine (SPD)	7, 8	Wallow, Hans (SPD)	59, 67
Kastner, Susanne (SPD)	9, 10	Weiermann, Wolfgang (SPD)	6
Klappert, Marianne (SPD)	23, 24	Wolf, Hanna (München) (SPD)	52, 53

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie . . . . .	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern . . . . .	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen . . . . .	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft**

1. Abgeordneter  
**Manfred Müller**  
(Berlin)  
(PDS)
- War die Bundesregierung vor dem am 3. Dezember 1997 erfolgten Beschluß des ABB-Aufsichtsrates darüber informiert, daß das ABB-Elektromotorenwerk in Saarbrücken geschlossen werden soll, und hat es von seiten der Bundesregierung Versuche gegeben, diesen Beschluß abzuwenden? \*)

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes**

2. Abgeordnete  
**Annelie Buntenbach**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft der Bericht der israelischen Zeitung Jedioth (zitiert nach: dpa 24. Oktober 1997) zu, wonach Staatsminister Bernd Schmidbauer den Giftanschlag des israelischen Geheimdienstes Mossad auf den Hamas-Aktivisten C. M. am 25. September 1997 in Jordanien „mit einem großen Lächeln“ sowie den Worten kommentiert habe, statt kanadischer Tarnausweise sollten Mossad-Agenten „in Zukunft . . . besser deutsche Pässe benutzen“ und „Was in Jordanien passiert ist, kann jedem Geheimdienst passieren. Mir ist das in der Vergangenheit auch schon passiert“, und welche Auskunft gibt die Bundesregierung ggf. über die hiermit konkret gemeinten vergleichbaren Vorkommnisse, die deutschen Geheimdiensten oder deren Koordinator Staatsminister Bernd Schmidbauer „passiert“ sein sollen sowie über die Zeitpunkte, wann jeweils die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) des Deutschen Bundestages über solche – möglicherweise als „Vorgänge von besonderer Bedeutung“ gemäß § 2 PKK-Gesetz einzustufen – Geschehnisse informiert worden ist?
3. Abgeordnete  
**Annelie Buntenbach**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft der Bericht der Zeitschrift DER SPIEGEL (Nr. 49/1997 vom 1. Dezember 1997, Seite 68ff.) zu, wonach Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) bei der konspirativen Beschaffung von Dokumenten und Gerät der russischen Streitkräfte in Deutschland nicht nur das Kriegswaffenkontrollgesetz verletzt hätten, sondern einer BND-Analyse zufolge auch durch „offensichtlich schwerwiegende operative Sicherheitsmängel“ – kurz nach Mitteilung

\*) s. hierzu Frage 49

dieser Praktiken an den Generalbundesanwalt – die Verhaftung zweier russischer Offiziere bzw. BND-Spione verursacht hätten, und welche Angaben macht die Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Freilassung der Verhafteten Major L. und Quelle K. sowie über die Wahrung der nötigen Geheimhaltung dieser Zusammenarbeit sowie Quellen-Identitäten auch vor der deutschen Justiz, welche in diesem Zusammenhang im Ermittlungsverfahren gegen zwei BND-Mitarbeiter gerade die öffentliche Klage erhoben hat?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

4. Abgeordneter  
**Freimut Duve**  
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für sachgerecht und mit den allgemeinen Grundsätzen des fairen Verfahrens und den Regeln der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) vereinbar, daß die gesetzlichen Bestimmungen über das Abschiebungshaftverfahren keine Beiordnung eines Verfahrenspflegers oder anwaltlichen Pflichtbeistandes vorsehen und mittellose Ausländer im Abschiebungshaftverfahren auf die Möglichkeit der Prozeßkostenhilfe zu verweisen sind, welche im übrigen nur bewilligt wird, wenn die Rechtsverteidigung hinreichende Aussicht auf Erfolg hat?
5. Abgeordneter  
**Freimut Duve**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es mit den allgemeinen Grundsätzen des fairen Verfahrens und mit der EMRK vereinbar ist, wenn betroffenen Ausländern der Abschiebehaftantrag nicht schriftlich in einer für sie verständlichen Sprache zugänglich gemacht wird, sondern vor der endgültigen Abschiebehaftanordnung nur mündlich mitgeteilt und oft nur auszugsweise übersetzt wird?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung**

6. Abgeordneter  
**Wolfgang Weiermann**  
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die geplante monatliche Einmal-Zahlung der Arbeitslosenhilfe – statt bisher zweimaliger Zahlung – so zu gestalten, daß Bezieherinnen und

- Bezieher von Arbeitslosenhilfe im Umstellungsmonat, z. B. bei Rückzahlungsverpflichtungen, nicht in finanzielle und rechtliche Schwierigkeiten gelangen?
7. Abgeordnete  
**Sabine Kaspereit**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung bei der Neuregelung des Auszahlungszeitraumes nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch in Betracht gezogen, daß den Leistungsempfängern der Bundesanstalt für Arbeit im Monat Januar 1998 eine Auszahlungslücke von zwei Wochen entsteht?
8. Abgeordnete  
**Sabine Kaspereit**  
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um diese Lücke für die Leistungsempfänger zu schließen, damit diese die finanzielle Belastung des Monats Dezember (Weihnachten) und fälligen Zahlungen des Monats Januar (z. B. Versicherungen) tragen können?
9. Abgeordnete  
**Susanne Kastner**  
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die regionale Aufgliederung der Kündigung von Betten in Reha-Kliniken und die Arbeitsmarktentwicklung vor?
10. Abgeordnete  
**Susanne Kastner**  
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Bestrebungen bekannt, in der medizinischen Rehabilitation Belegungen nach dem Prinzip der „Landeskinder-Regelung“, d. h. in Präferenz des jeweils eigenen Bundeslandes von Antragsteller und Landesversicherungsanstalt (LVA), vorzunehmen, und welche Folgerungen zieht sie ggf. daraus?
11. Abgeordneter  
**Jann-Peter Janssen**  
(SPD)
- Welche Zahlen liegen der Bundesregierung darüber vor, in welcher Höhe seit dem 1. Oktober 1996 in Reha-Einrichtungen, Kurmittelbetrieben und abhängigen Einrichtungen (Übernachtungsgewerbe, Gaststätten, Einzelhandel) in Kurorten und Heilbädern Arbeitsplätze verlorengegangen sind?
12. Abgeordneter  
**Jann-Peter Janssen**  
(SPD)
- In welcher Höhe mußte für die in diesen Einrichtungen arbeitslos gewordenen Personen Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Hilfe zum Lebensunterhalt geleistet werden?
13. Abgeordnete  
**Annette Faße**  
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Umsatzentwicklung in Tourismus- und tourismusabhängigen Branchen in Kurorten und Heilbädern vor?

14. Abgeordnete  
**Annette  
Faße**  
(SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die regionalen Arbeitsmarktentwicklungen in diesem Bereich?
15. Abgeordneter  
**Dr. Eberhard  
Brecht**  
(SPD) In welcher Höhe hat die Bundesregierung Bürgschaften für die Errichtung von Reha-Einrichtungen in den neuen Bundesländern übernommen?
16. Abgeordneter  
**Dr. Eberhard  
Brecht**  
(SPD) In welcher Höhe mußten Bürgschaften in Anspruch genommen werden?
17. Abgeordnete  
**Brunhilde  
Irber**  
(SPD) Ist mit der Vorlage eines Hilfsprogrammes für die deutschen Kur- und Heilbäder durch die Bundesregierung zu rechnen, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?
18. Abgeordnete  
**Brunhilde  
Irber**  
(SPD) Welche inhaltliche und finanzielle Gestaltung wird das Förderprogramm erhalten?
19. Abgeordneter  
**Karl Hermann  
Haack  
(Extertal)**  
(SPD) Sind der Bundesregierung die Auswertungen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) bekannt, wonach allein bis April 1997 bei Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation rechnerisch die Kapazität von etwa 120 hochqualifizierten Kliniken mit rund 14 000 Arbeitsplätzen verlorengegangen, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
20. Abgeordneter  
**Karl Hermann  
Haack  
(Extertal)**  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung diese Zahlen im Rahmen der Zielsetzungen des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes (WFG)?
21. Abgeordnete  
**Iris  
Follak**  
(SPD) Wie viele Arbeitsplätze wurden im Kur- und Reha-Bereich in den neuen Bundesländern bis 1995 geschaffen, und wie ist der Stand 1997?
22. Abgeordnete  
**Iris  
Follak**  
(SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die wirtschaftliche Lage der Reha-Einrichtungen in den neuen Bundesländern?

23. Abgeordnete  
**Marianne Klappert**  
(SPD)
- Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes über die Entwicklung von medizinischen Reha-Maßnahmen im Bereich der Krebsnachsorge unter Berücksichtigung des Aspektes der medizinischen Notwendigkeit?
24. Abgeordnete  
**Marianne Klappert**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Mittel, die der Arbeitsgemeinschaft Krebsbekämpfung NRW für die medizinische Rehabilitation von Krebspatienten zur Verfügung stehen, für ausreichend?
25. Abgeordnete  
**Petra Ernstberger**  
(SPD)
- Welche Gründe sieht die Bundesregierung für den Rückgang von Anträgen auf medizinische Rehabilitation im Jahre 1997?
26. Abgeordnete  
**Petra Ernstberger**  
(SPD)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich des zukünftigen Bedarfs nach Leistungen der medizinischen Rehabilitation?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

27. Abgeordnete  
**Leyla Onur**  
(SPD)
- Wie viele Wehrdienstleistende wurden 1996 und bis November 1997 in der Bundesrepublik Deutschland und im Zuständigkeitsbereich des Kreiswehrrersatzamtes Braunschweig trotz einer bereits begonnenen Ausbildung zum Wehrdienst eingezogen, und ist der Bundesregierung bekannt, wie viele dieser Ausbildungsplätze nicht mehr nachbesetzt werden konnten?
28. Abgeordnete  
**Leyla Onur**  
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit die Wehrverwaltung flexibler reagieren kann und angesichts des aktuellen Lehrstellenmangels möglichst keine Auszubildenden mehr aus ihren begonnenen Ausbildungsverhältnissen herauszieht?
29. Abgeordneter  
**Dr. Egon Jüttner**  
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die im Rahmen der Erweiterung der NATO auf die Tschechische Republik entfallenden und vom Bündnis zu tragenden Kosten?

30. Abgeordneter  
**Dr. Egon  
Jüttner**  
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Anteil der von der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmenden Kosten, die im Rahmen der Aufnahme der Tschechischen Republik in die NATO entstehen werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

31. Abgeordneter  
**Erwin  
Marschewski**  
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die Einsparungen bei Sozialleistungen für Asylbewerber und die weiteren vom Asylbewerberleistungsgesetz erfaßten Personen infolge der Absenkung des Leistungsniveaus gegenüber dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) durch das genannte Gesetz?
32. Abgeordneter  
**Roland  
Kohn**  
(F.D.P.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der vom Statistischen Bundesamt mitgeteilten Tatsache, daß fast ein Viertel der Sozialhilfeempfänger Ausländer sind?
33. Abgeordnete  
**Antje-Marie  
Steen**  
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Belegungsentwicklung von Einrichtungen der Müttergenesungskuren (Mütterkuren und Mutter-Kind-Kuren)?
34. Abgeordnete  
**Antje-Marie  
Steen**  
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus Berichten des Müttergenesungswerkes über die zurückhaltende Bewilligungspraxis der Krankenkassen bei Anträgen zu Müttergenesungskuren?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr**

35. Abgeordnete  
**Marion  
Caspers-Merk**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Bundeseisenbahnvermögen den Bestand an Eisenbahnerwohnungen ausschließlich an große Konzerne und Konsortien verkaufen will, und unterstützt die Bundesregierung diese Absicht?

36. Abgeordnete  
**Marion Caspers-Merk**  
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung gewährleisten, daß Kommunen, wie die Stadt Weil am Rhein, die Gelegenheit erhalten, mitzubieten, um weiterhin preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen?
37. Abgeordnete  
**Karin Rehbock-Zureich**  
(SPD)
- Wie ist der momentane Planungs- bzw. Durchführungsstand bei den Bundesstraßenumgebungsvorhaben B 297 und B 298, beim Tunnelprojekt in Tallage auf der B 29 durch Schwäbisch-Gmünd und bei dem geplanten vierspurigen Ausbau der B 29 Schwäbisch Gmünd – Aalen?
38. Abgeordneter  
**Horst Kubatschka**  
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse bezüglich der von Wassermotorradfahrern verursachten Umweltbelastungen und Gefahren für Flora und Fauna vor, und wenn ja, welche?
39. Abgeordneter  
**Horst Kubatschka**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Entscheidung über die Genehmigung bzw. Erweiterung von Jet-Ski-Strecken auf der Donau bis zur Verabschiedung des Entwurfs der EU-Kommission zur Ergänzung der Sportbootrichtlinie 94/25/EG über Abgas- und Lärmgrenzwerte zurückzustellen, da diese nunmehr auch Wassermotorräder und Wasserscooter in die Anforderungen an Abgas- und Lärmgrenzwerte einbeziehen wird?
40. Abgeordneter  
**Rudolf Bindig**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung im Hinblick darauf, daß Mittel für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen üblicherweise nach bestimmten Verteilungsschlüsseln an die einzelnen Bundesländer vergeben werden, angeben, in welcher Weise das Land Baden-Württemberg dafür einen Ausgleich erhalten soll, daß dem Verkehrshaushalt in den Jahren 1998 bis 2003 ca. 6 100 Mio. DM für den Transrapid entnommen werden sollen, mit der Folge, daß dem Land rechnerisch ein „kalkulatorisches Opfer“ von ca. 700 Mio. DM an ihm sonst zustehenden Verkehrsinfrastrukturinvestitionsmitteln abverlangt werden?
41. Abgeordneter  
**Heinz Schmitt (Berg)**  
(SPD)
- Fallen die der Deutschen Bahn AG zugewiesenen Beamten unter die Arbeitszeitregelung, die an Heiligabend und Silvester eine Dienstbefreiung vorsieht, und kann die Deutsche Bahn AG mit der Begründung von Kosteneinsparungen eine Anwendung dieser Regelungen im Betrieb ablehnen?

42. Abgeordneter  
**Franz Thönnies**  
(SPD)
- Wann konkret ist mit dem Beginn der Arbeiten am vierten Bauabschnitt der Bundesstraße 205 (Neumünster – Gadeland bis Rickling) im Zuge der Anbindung an die Bundesautobahn 7 zu rechnen, und welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um die Belastung durch den innerörtlichen Verkehr in den Ortsteilen Klein-Kummerfeld und Wilingrade der Gemeinde Groß-Kummerfeld zu vermindern?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

43. Abgeordneter  
**Arne Fuhrmann**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung ab Januar 1997 die Samtgemeinde Gartow im Landkreis Lüchow-Dannenberg mit jährlich 100 000 DM bei der Einrichtung eines „Gorleben-Forums“ fördert, und ist der Bundesregierung bekannt und bewußt, daß der Kreistag Lüchow-Dannenberg bereits 1991 die damals bestehende „Gorleben-Kommission“ aufgelöst und einen Ausschuß „Atom-Anlagen“ eingerichtet hat?
44. Abgeordneter  
**Arne Fuhrmann**  
(SPD)
- Aus welcher Haushaltsstelle beabsichtigt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ggf. eine solche Förderung vorzunehmen, und kann der Landkreis Lüchow-Dannenberg entsprechend dieser Förderung dann auch mit einer Beteiligung des Bundes bei der Beseitigung der während der bisherigen CASTOR-Transporte entstandenen Schäden rechnen?
45. Abgeordneter  
**Ulrich Heinrich**  
(F.D.P.)
- In welcher Form waren das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über den Bau eines Schweinegroßbetriebes mit rund 18 000 Liegeplätzen (das entspricht umgerechnet jährlich 50 000 Mastschweinen) in der Gemarkung Zwesthau/Sachsen informiert bzw. eingebunden?
46. Abgeordneter  
**Ulrich Heinrich**  
(F.D.P.)
- Sieht die Bundesregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf, um die Genehmigung solcher industrieähnlicher Anlagen, die kaum an einen bäuerlichen Familienbetrieb erinnern, auszuschießen oder strenger zu formulieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,  
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

47. Abgeordnete  
**Dr. Angelica  
Schwall-Düren**  
(SPD) Mit welchen Kosten und welchem Ergebnis arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung windkraftbetriebene Wasserentsalzungsanlagen, z. B. diejenigen auf den Inseln Borkum und Rügen?
48. Abgeordnete  
**Dr. Angelica  
Schwall-Düren**  
(SPD) Wird der Bundesregierung die Installation derartiger windkraftbetriebener Wasserentsalzungsanlagen in Entwicklungsländern fördern?
49. Abgeordneter  
**Manfred  
Müller  
(Berlin)**  
(PDS) Ist der Bundesregierung die Höhe der Mittel für Forschung und Technologie (FuT) bekannt, die in den vergangenen Jahren aus dem Bundeshaushalt direkt in das ABB-Elektromotorenwerk Saarbrücken oder an die Konzernmutter geflossen sind, und wurden an die Ausreichung der FuT-Mittel durch die Bundesregierung Bedingungen zum Erhalt von Standorten oder Arbeitsplätzen geknüpft? \*)

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

50. Abgeordneter  
**Wolfgang  
Schulhoff**  
(CDU/CSU) Wie hoch ist der deutsche Anteil an Führungspositionen in der EU im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten (relativ und absolut)?
51. Abgeordneter  
**Wolfgang  
Schulhoff**  
(CDU/CSU) Ist nach Meinung der Bundesregierung Deutschland personell in den EU-Institutionen mit Führungskräften unterrepräsentiert, und wenn ja, wie plant sie den deutschen Anteil zu erhöhen?
52. Abgeordnete  
**Hanna  
Wolf  
(München)**  
(SPD) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von den Ergebnissen der Reisen der Delegation der WHO und der VN-Sonderbeauftragten für geschlechtsspezifische Fragen, Angela King, vom November 1997 nach Afghanistan?

\*) s. hierzu Frage 1

53. Abgeordnete  
**Hanna  
Wolf  
(München)  
(SPD)**
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Menschenrechte der Frauen im Gebiet der Taliban-Milizen durchzusetzen, insbesondere Mädchen und Frauen Zutritt zu Krankenhäusern und Bildungsstätten zu verschaffen und Frauen eine freie Berufsausbildung zu ermöglichen?
54. Abgeordnete  
**Dr. Barbara  
Hendricks  
(SPD)**
- Auf welche Weise werden Bundesprogrammlehrkräfte (BPLK) in Rußland durch Institutionen der Bundesregierung vor und während ihres Auslandsaufenthaltes betreut?
55. Abgeordnete  
**Dr. Barbara  
Hendricks  
(SPD)**
- Hält die Bundesregierung es für verantwortbar, daß den Bundesprogrammlehrkräften während eines einjährigen Auslandsaufenthaltes keine Heimreise finanziert wird?
56. Abgeordneter  
**Gernot  
Erlner  
(SPD)**
- Wie bewertet die Bundesregierung die Ankündigung von Präsident Boris Jelzin in Stockholm, die russischen Land- und Seestreitkräfte im Ostseeraum um mehr als 40 Prozent reduzieren zu wollen?
57. Abgeordneter  
**Gernot  
Erlner  
(SPD)**
- Welche Auswirkungen kann nach Auffassung der Bundesregierung eine solche einseitige Reduzierung militärischer Potentiale durch die Russische Föderation für die KSE-Folgeverhandlung in Wien haben?
58. Abgeordneter  
**Manfred  
Such  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**
- Was hat das für die spanische Insel Teneriffa zuständige deutsche Konsulat bisher unternommen, um dem vom zuständigen Gericht auf Teneriffa von verschiedenen, bereits 1986 erhobenen Vorwürfen in zwei erst sechs Jahre später, nämlich 1993, durchgeführten Prozessen freigesprochenen, jedoch nach mehrjährigem Arbeitsverbot vollkommen mittellosen deutschen Staatsbürger H. E. T. zu Schadensersatz für seine erlittene Untersuchungshaft und zur Wiedererlangung der 1986 von der Guardia Civil als vermeintliche „Hehlerware“ beschlagnahmten Werkzeuge, Maschinen und des Hausinventars bzw. zu Schadensersatz hierfür zu verhelfen?
59. Abgeordneter  
**Hans  
Wallow  
(SPD)**
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß die NATO nach wie vor auf der Suche nach einem neuen Standort für ihre derzeit in Brüssel angesiedelte Zentrale ist, und ist die Bundesregierung bereit, in diesem Zusammenhang als

Alternative den Standort Bonn ins Spiel zu bringen, der dauerhaft bundespolitisches Zentrum für Verteidigungspolitik bleiben wird und dem gegenüber sich die Bundesregierung vertraglich verpflichtet hat, als Kompensation für den Weggang von Deutschem Bundestag und Teilen der Bundesregierung internationale Organisationen anzuwerben?

60. Abgeordnete  
**Dr. Elke  
Leonhard**  
(SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung, in Anbetracht des aufgrund der politischen Veränderungen und Sparzwänge offensichtlichen Reformbedarfes der Auswärtigen Kulturpolitik, die Arbeit der Mittlerorganisationen effizienter zu gestalten und die ministerielle Zuständigkeit zu konzentrieren?

61. Abgeordnete  
**Dr. Elke  
Leonhard**  
(SPD)

Durch welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung – angesichts der durch die anhaltende Schließung weiterer Goethe-Institute belegten Grenzen steuerfinanzierter Förderung der Auswärtigen Kulturpolitik – die Rahmenbedingungen für privatfinanzierte gemeinnützige Einrichtungen zu verbessern und die Bereitschaft zu stiften, zu vergrößern?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

62. Abgeordneter  
**Michael  
Teiser**  
(CDU/CSU)

Wirkt die Bundesregierung nach Wegfall der Gefährdung durch „Antiimperialistische Zellen“ (AIZ) und RAF – z. B. im Rahmen von Bund/Länder-Innenminister-Konferenzen – darauf hin, daß die Gefährdungseinstufungen der Mitglieder der Landesregierungen, insbesondere die der jeweiligen Innenminister der Länder, geändert werden, und welche Einsparungen wären dadurch in den einzelnen Ländern zu erzielen?

63. Abgeordneter  
**Michael  
Teiser**  
(CDU/CSU)

In welchem Umfang hat der Bundesminister des Innern durch Reduzierung der Gefährdungseinstufung bei Mitgliedern der Bundesregierung und bei Mitgliedern des Deutschen Bundestages Personal- und Sachkosten eingespart, und wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung diese Kosten in den einzelnen Ländern?

64. Abgeordneter  
**Erwin Marschewski**  
(CDU/CSU)
- Wie wird das Euroaparat-Übereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern vom 6. Mai 1963 (Mehrstaater-Übereinkommen) in der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Mitgliedstaaten in der Verwaltungspraxis umgesetzt?
65. Abgeordneter  
**Johannes Selle**  
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um im Zuge der weiteren EU-Integration eine gerechte Lastenverteilung bei Flüchtlingsströmen nach Europa und damit zugleich eine größere Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland zu erreichen?
66. Abgeordneter  
**Johannes Selle**  
(CDU/CSU)
- Wie sollte nach Auffassung der Bundesregierung die personelle und materielle Lastenteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Europa gestaltet werden?
67. Abgeordneter  
**Hans Wallow**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit, auch zukünftig für den Verteidigungsfall Ausweichmöglichkeiten der Unterbringung für die Verfassungsorgane des Bundes zu unterhalten?
68. Abgeordneter  
**Stephan Hilsberg**  
(SPD)
- Wie verträgt sich der angekündigte degressive Rückgang des Bundesanteils an der Stiftung des sorbischen Volkes mit der Erfüllung ihrer Aufgaben im bisherigen Umfang angesichts der Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland zu der im Protokoll zum Einigungsvertrag, Punkt 14, Nr. 2, genannten Gewährleistung und Fortentwicklung der sorbischen Kultur und Tradition, auch nach dem Jahr 2000?
69. Abgeordneter  
**Stephan Hilsberg**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß es dem Ansehen Deutschlands bei den Nachbarländern und ferner bei den ost- und südosteuropäischen Staaten schadet, wenn die Bundesregierung einerseits die Förderung der deutschen Minderheiten dort einfordert, gleichzeitig aber die finanzielle Ausstattung und damit die Garantie für den Schutz der sorbischen Minderheit in Deutschland reduziert?
70. Abgeordneter  
**Dr. Christian Schwarz-Schilling**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob Pläne auf Bundesebene, auf Landesebene und länderübergreifend zur Vermeidung von Abschiebehaf und zur Verkürzung der Dauer der Abschiebehaf

entwickelt und umgesetzt werden, und in welchem Verhältnis dazu steht die Praxis in Gemeinden, sog. Sammelabschiebungen vorzunehmen, indem Ausländer, die bereit sind freiwillig auszureisen und die von ihrem Herkunftsland – in diesem Fall die ehemalige Republik Jugoslawien – Aufnahmebescheinigungen nur extrem zögerlich oder teils gar nicht erhalten, von den hiesigen Ausländerbehörden in Gewahrsam genommen und gesammelt werden, bis die Aufnahmebescheinigungen genügend vieler vorliegen und diese dann gemeinsam abgeschoben werden mit allen damit verbundenen Repressalien und europaweiten Nachteilen?

71. Abgeordneter  
**Dr. Christian  
Schwarz-Schilling**  
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und die Ausländerbehörden verpflichtet sind, ausreisepflichtige Ausländer über die geltenden Abschiebungshaftbestimmungen, insbesondere die Abschiebungshaftgründe zu belehren (Rechtsgrundlage?) – z. B. bei der Androhung der Abschiebung –, und erfolgt die Belehrung schriftlich?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

72. Abgeordneter  
**Jörg  
Tauss**  
(SPD)

Welche Konzeption verfolgt die Bundesregierung generell zum Zwecke der Belegung von leerstehenden Wohnungen, die sich im Eigentum des Bundes befinden, und welche Pläne verfolgt sie insbesondere mit rund 240 derzeit leerstehenden Wohnungen in Stetten a. K. M. (Baden-Württemberg), vor dem Hintergrund der dort vorgesehenen Renovierungen?

73. Abgeordneter  
**Jörg  
Tauss**  
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es generell sinnvoll ist, leerstehende Wohnungen, wo möglich, mit Bundeseinrichtungen und Bundesbediensteten zu belegen, und weshalb beabsichtigt die Bundesregierung in Anbetracht der Leerstände der Wohnungen in Stetten a. K. M., im wenige Kilometer entfernten Sigmaringen Wohnraum für den Bereich der Zollschule des Bundes zu errichten, anstatt zu diesem Zwecke den leerstehenden Wohnraum zu nutzen?

- 74. Abgeordnete  
Dr. Christine  
Lucyga  
(SPD)**
- Treffen Äußerungen des Staatssekretärs des Finanzministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Otto Ebnet, vom 24. November 1997 vor dem Privatisierungsausschuß des Schweriner Landtages zu, wonach bis 31. Dezember 1995 bei einem frühzeitigen Scheitern der Werftenprivatisierung eine Zurücknahmeverpflichtung der Meerestechnikwerft in Wismar (MTW) und der Volkswerft in Stralsund (VWS) durch die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) bestanden hat?
- 75. Abgeordnete  
Dr. Christine  
Lucyga  
(SPD)**
- Inwieweit sind in den Verträgen über die Privatisierung der MTW und der VWS entsprechende Rücknahmeverpflichtungen festgelegt worden, und waren diese Verpflichtungen der Grund dafür, daß die Bundesregierung und die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern durch die BvS nicht rechtzeitig und umfassend über das tatsächliche Ausmaß der Finanzkrise der Bremer Vulkan-Verbund AG und über die zweckentfremdete Verwendung von öffentlichen Fördermitteln, die für die Ostwerften bestimmt waren, unterrichtet wurden?
- 76. Abgeordneter  
Günter  
Gloser  
(SPD)**
- Welche sachlichen Gründe gibt es für die Auslagerung der Bundesvermögensverwaltung sowie der Bundeskasse oder Oberfinanzdirektion Nürnberg nach München?
- 77. Abgeordneter  
Günter  
Gloser  
(SPD)**
- Welche organisatorischen und finanziellen Auswirkungen haben die beabsichtigten Maßnahmen im Vergleich bei einer Konzentration aller Abteilungen in Nürnberg?

Bonn, den 5. Dezember 1997